

# Anzeiger für das Havelland.

Erscheint jeden Abend 4 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M., durch die Post 2 25 M.

## Spandauer Anzeiger.

Inserate die Zeilzeile 20 Pf., für Spandauer Inserenten 15 Pf. Reklamen pro Zeile 40 Pf. Beilagen 30 M.

Redaktion und Expedition: Potsdamer Str. 48. \* Fernsprecher: Spandau Nr. 52, Hopf. Verantwortlicher Redakteur: Th. Güttich in Spandau.

Verlag und Druck der Hoff'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 101.

Spandau, Mittwoch, den 1. Mai 1907.

49. Jahrgang.

### Aus dem Havellande.

Spandau, den 30. April 1907.

\* Am Donnerstag, den 2. Mai, findet eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Festsetzung der Dauer der Sommerferien der Stadtverordneten-Versammlung. — Rampen am Stadthaus. — Verkauf von Forstland an den Architekten Heinel. — Herr Dr. Engelhardt. — Belegung von etwa 1 000 000 M. bei der Kommerz- und Diskontobank. — Herr Sturm. — Antrag der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, betreffend Umpflasterung des Bahnhofs-Bowlages infolge der Schienenanlage. — Herr Bendor. — Verbreiterung des Fährdamms in der Potsdamer Straße. — Herr Sturm. — Umänderung der Wohnräume zu Schulzwecken im Stadtteil Nonnendamm und Bewilligung der erforderlichen Mittel. — Herr Siefert. — Bewilligung einer Witwenpension von jährlich 450 M. und einer widerruflichen jährlichen Zulage von 150 M. an die Witwe des Wasserwerksdirektors Lippold. — Bewilligung eines Gnadenquartals für die Monate Mai-Juli 1907 von 1125 M. an die Witwe Lippold. — Herr Grätschel. — Erneuerung des Pachtvertrags, betr. Anlage eines Tennisplatzes im Stadtwald. — Herr Scholz. — Bewilligung der Mittel für eine Assistentenstelle im Einwohner-Meldewesen. — Herr Grätschel. — Bewilligung der Mittel für eine gemeinwirtschaftliche Assistentenstelle in der Kanalei und im Bauwohnbüreau. — Anfangsgehalt 1900 M. — Bewilligung der Mittel für eine Ober-Bezirksratsstellenstelle mit einem Anfangsgehalt von 1600 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um je 150 M. bis zum Höchstgehalt von 2500 M. (Eine jetzt vorhandene Magistratsstellenstelle nach Bewilligung eingehen). — Herr Grätschel. — Bewilligung von 1000 M. zur Herstellung von Gasanstalten in den Häusern Götterstraße 20 und 21 aus dem Reservefonds der Gasanstalt. — Herr Siefert. — Beschaffung der Jahresversammlung der Gasfachmänner in Wannheim in der Zeit vom 12. bis 14. Juni 1907 durch zwei Mitglieder der Gasdeputation (je ein Mitglied des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung) und den Betriebsleiter der Gasanstalt. Den Teilnehmern sollen die regelmäßigen Reisekosten und Tagesgelder gewährt werden. — Herr Siefert. — Zahl und Beschaffung der Magistratsmitglieder. — Anordnung der Fahrkarten-Verkaufsräume in der Vorortstation. — Herr Bendor. — Ausweisung einer Uferstraße an der Oberhavel. — Errichtung einer Jubiläumsturnhalle. — Herr Siefert. — Hebererwerbungen mit der Firma Schaefer-Berlin wegen Rücktritts vom Vertrag über Pachtung einer wasserfälligen Fläche unter der Bedingung einer Aenderung der Grundstücksgrenzen Götterstraße und der alten Havel. — Anlage einer neuen Straße zwischen Klosterstraße und der Havel, zum Teil auf dem Sturmschen Grundstück. — Herr Dr. Baumert. — Beitritt zum Verband der Pfäferschulen Deutschlands und der Bewilligung eines Beitrags von jährlich 15 M. an diesen. — Beschaffung von Klappbänken für die 1. Klasse der Höheren Mädchenschule. — Herr Grube. — Besuch des Hauswarts Seefeld, Moritzstraße 9, um Erhöhung der Vergütung für Heizung und Reinigung der Bureauräume. — Herr Grunow. — Beschaffung von Verbindungsdrähten deutscher Elektrotechniker. — Herr Grunow. — Fluchlinienänderung der Wohnmännerstraße. — Herr Hübsch. — Beschulung, betreffend Straße 11a im Bebauungsplan von Klosterfelde. — Herr Dusch. — Kenntnisnahme von Vertretungskosten bei der 2. Gemeinderatschule. Kenntnisnahme von der erfolgten Zahlung von 110 M. für Ueberstunden der Lehrer an der 2. Gemeinderatschule. Kenntnisnahme von der erfolgten Zahlung von 42,50 M. für Ueberstunden der Lehrer an der 8. Gemeinderatschule. — Herr Grube. — Bewilligung von 675,29 M. aus dem Ueberschuss des Jahres 1906 zur Inlandsetzung eines Fernsprechabzels. — Herr Stempf. — Darauf folgt noch eine geheime Sitzung.

\* Bei der heutigen Stadtverordneten-Ersitzung am 2. Mai 1 Uhr 30 Minuten haben sich 11 Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung abgegeben. Es erhielten bisher Herr A. Kleinert 55 und Herr D. Weber 35 Stimmen.

\* Mit dem Verkauf von Forstland an den Architekten Heinel zu Friedebau hat sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung am Donnerstag wieder zu beschäftigen. Am 11. April war die betreffende Magistratsvorlage nach stundenlangem Debatten an den Magistrat zu erneuter Verhandlung mit Herrn Heinel zurückgegeben worden; damals sollten rund 1700 Morgen zum Preise von rund 5000 M. pro Morgen bis 1. Oktober 1908 angekauft werden. Mit dem ersten Vertragsentwurf, namentlich hinsichtlich der Größe des anzuschaffenden Geländes, des Preises und der Anstellungsfrist war man nicht einverstanden und vermehrte auch die Festsetzung eines Neugeldes. Es ist nun weiterverhandelt worden, und das Ergebnis dieser Verhandlungen ist der neue, der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung vorgelegte Vertragsentwurf, der ein etwas kleineres Gelände, einen etwas höheren Preis und ein Neugeld vorsieht. Nach dem neuen Vertragsentwurf sollen dem Architekten Heinel bis 1. Oktober 1908 etwa 280 Hektar (1132 Morgen) Forstland zum Preise von 23 500 M. pro Hektar (1132 Morgen) angekauft werden. Der Gesamtpreis stellt sich also auf 6 500 000 M. Im § 2 wird bestimmt: „Das Kaufgeld wird mit 500 000 M. bei der Annahme dieses Angebots und mit demjenigen Summe, welche sich ergibt, wenn von dem Gesamtaufkauf 5 Millionen Markt abgezogen werden, und welche etwa 2 Millionen Markt beträgt, unmittelbar vor der Aufstellung der Kaufurkunde in Höhe von 4 500 000 M. wird als erste Hypothek auf dem verkauften Gelände zu 4 Prozent jährlich verzinstlich für die Verkäuferin eingetragen. Die Kündigung dieser Hypothek ist seitens der Verkäuferin bei pünktlicher, doch innerhalb 14 Tagen nach jeweiliger Fälligkeit folgende Zahlung der Zinsen 10 Jahre lang, vom Tage der Aufstellung gerechnet, ausgeschlossen. Dem Käufer steht es frei, nach jeweiliger dreimonatiger Kündigung Abschlagszahlungen von mindestens 500 000 M. auf das Kaufgeld zu leisten, wogegen ihm von dem für das Neugeld festgesetzten Gelände ein Teil der veräußerten Fläche nach seiner Wahl und bis zur letzten Abschlagszahlung, das Quadratmeter zu 2 M. berechnet, aus der Handhaft entlassen werden soll. Nach Verlauf der 10 Jahre treten

die gesetzlichen Kündigungsfristen ein. Die bei der Annahme des Angebots gezahlten 500 000 M. werden, falls die Verkäuferin die Auflassung nicht verlangt, dem Käufer ohne Zinsen zurückgezahlt.“ Die Uebergabe und Auflassung hat spätestens 3 Monate nach erfolgter Annahme des Angebots zu erfolgen. Nach Genehmigung des Angebots durch den Bezirksausschuss hat der Käufer 15 000 M. Neugeld bei der Stadthauptkasse zu hinterlegen, und zwar innerhalb zweier Wochen, nachdem er von der Genehmigung des Bezirksausschusses benachrichtigt ist, widrigenfalls angenommen wird, daß Käufer auf das Angebot verzichtet. Kommt die Auflassung des Geländes zustande, so wird das Neugeld auf das Kaufgeld angerechnet. Wird das Angebot nicht angenommen, so fällt das Neugeld von 15 000 M. in das freie Eigentum der Verkäuferin. Sämtliche Kosten des Vertrags, der Auflassung, Stempel usw. trägt der Käufer; ihm steht das Recht zu, die Rechte aus diesem Angebot auf Dritte nach seiner Wahl zu übertragen. An das Angebot hält sich die Verkäuferin bis 1. Oktober 1908 einschließlich gebunden.

\* Der Grundbesitzerverein hatte zu gestern Abend im Hotel „Roter Adler“ eine öffentliche Versammlung einberufen, um Stellung zu dem auf der Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung stehenden Verkauf von Forstgelände seitens der Stadtgemeinde an den Architekten Heinel zu Friedebau zu nehmen. Obwohl diese Angelegenheit seit längerer Zeit den Gegenstand allgemeiner lebhafter Erörterung in der Bürgerschaft bildet, fanden sich gestern Abend dennoch nicht mehr als im ganzen 50 Personen zu der Versammlung ein. Nachdem der Vereinsvorsitzende, Herr Siefert, um 8 1/2 Uhr die Versammlung eröffnet und seinem Bedauern über die geringe Beteiligung Ausdruck gegeben hatte, ergriff Herr Justizrat Dr. Baumert zu der vorliegenden Angelegenheit das Wort. Redner führte etwa folgendes aus: Die Meinungen über den Verkauf von Forstland gehen sehr auseinander; die einen meinen, es sei der Verkauf ein Segen, weil er die Verabreichung der Steuerzuschläge ermöglicht, die andere sind der Ansicht, daß er ein Standaal sein würde, da er die Stadt in ihrem Grundbesitz unwiederbringlich schädige. Vor ungefähr 2 Jahren fanden, wie allgemein bekannt, auch schon einmal Verhandlungen über den Verkauf von 2000 Morgen Stadtwald statt, die damals erfreulicherweise zu keinem Abschluß führten. Kürzlich haben wir ein Gelände von 2 Millionen verkauft. Wir befinden uns gegenwärtig nicht in der Notlage, Waldgelände unter allen Umständen verkaufen zu müssen. Trotzdem aber könnte etwas für die Erschließung des Stadtwaldes geschehen. Obwohl Spandau eine sehr verkehrsreiche Stadt ist, befindet sich inmitten des Stadtwaldes nicht ein einziger Ort, wo man einkehren könnte, nicht einmal ein Forsthaus. Sämtliche Forsthäuser und Restaurationen befinden sich an der Peripherie des Waldes. Einige Erholungsstätten könnten doch wohl an der Bürgerablage (Gravenau) und an der „Kronprinzengründe“ entstehen. Es ist auch schon einmal seitens der Stadt ein dahingehender Versuch gemacht worden, und es haben sich auf Ausschreiben hin Bieter mit guten Angeboten auch gemeldet. Ähnlich ist man aber darauf nicht eingegangen. Wenn man für 4 Morgen Forstland etwa 1000 M. jährliche Pacht bezogen hätte, so würde man den Stadtwald schon erheblich nutzbarer gemacht haben, als es bisher geschehen ist. Auch durch Einrichtungen von Sportplätzen könnte man große Einnahmen erzielen, ebenso durch Errichtung von Laubentlonnen zwischen der alten Neuenhofer Straße und der Havel. Dadurch ist es vielleicht sogar möglich, höhere Erträge zu erhalten, als jetzt bei einem Verkauf eventuell der jährliche Zinsüberschuss betragen würde. Trotz alledem ist aber dennoch nicht der Verkauf von Forstland ohne weiteres von der Hand zu weisen, wenn man in der Lage ist, einen ganz bedeutenden Gewinn daraus zu erzielen. Vor allem ist dabei indes darauf zu sehen, daß wirtschaftlich verfahren wird, und daß nach dem Verkauf dort nicht etwa eine chemische Fabrik die Luft verpestet. Wenn hier Fabriken angelegt werden, so werden auch viele Arbeiterwohnhäuser entstehen, und es werden die Kosten für die Schulen und die Armenpflege gewaltig anwachsen. Es darf also für uns nicht nur der Preispunkt maßgebend sein, daß wir durch den Verkauf unsere Finanzen aufbessern, sondern wir müssen uns vor allem die Gesundheit verschaffen, was für Bauten auf dem zu veräußernden Gelände entstehen sollen. Diese Gewissheit bietet uns aber die am nächsten Donnerstag in der Stadtverordneten-Versammlung zu beratende Vorlage in keiner Weise. Ja, es sind darin nicht einmal Klage für Schulen und andere öffentliche Gebäude vorgesehen. Wenn wir aber nicht jetzt schon in dieser Beziehung Vorkehrungen treffen, so müssen wir vielleicht schon in 10 Jahren dafür das Hehlende von dem zahlen, was wir heute bekommen. Grundsätzlich soll man vom Verkauf ausschließen das Gelände zwischen der Neuenhofer Straße und der Spandauer-Bölgower Bahn. Weiter ist zu verlangen, daß der Stadtwald nicht von außen angegriffen werden darf, damit er nicht immer weiter von der Stadt abdrückt. Der Stadtwald ist möglichst in der Nähe zu erhalten. Wenn große Fabriken sich in Spandau ansiedeln wollen, so ist Platz genug dazu vorhanden an der Hamburger Chaussee, auf dem Terrain der Grundrenten-Gesellschaft, am neuen Hafen und an den Spreewäldern. Aber es ist, wie gesagt, nicht einmal so sehr wünschenswert, daß hierher umhäuerte Fabriken kommen, da diese recht große Ansiedlungen an Schulen, hygienische und andere Wohlfahrts-Einrichtungen stellen. Mit dem Verkauf von Forstland sollten wir sehr vorsichtig sein. Andere Städte kaufen Waldgelände für Millionen auf. Frankfurt hat für 500 bis 1000 Morgen 2 Millionen, Dresden für 500 Morgen 1 1/2 Millionen Markt aufgewendet. Es macht sich immer mehr das Bestreben bemerkbar, Gartenstädte zu schaffen. Die bisherige Ausnutzung des Geländes entspricht nicht mehr den modernen Ansprüchen. Unsere jetzige Generation will mit Recht Luft und Licht haben und nicht mehr vorwiegend in Hinterhäusern wohnen. Das Evangelium gewisser Baummeister von der Ausnutzung des Raumes ist überlebt. Wenn gesagt wird, daß wir für das Gelände ohne jede Verabreichung viele Millionen mehr erzielen werden, so mag das richtig sein, aber dem ist entgegenzusetzen, daß wir unsere Zukunft nicht um ein Pfennig verkaufen dürfen. (Bravo!) Bei der Auf-erlegung von Baubeschränkungen braucht man nicht allzu schärf

vorzugehen, man kann vielleicht auch noch den Bau von Doppelhäusern zulassen. — Als eifriger Befürworter des Waldverkaufs trat Herr Dr. Engelhardt auf, der erklärte, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, Wald unter Aufhebung von Baubeschränkungen verkaufen zu wollen. Unsere Steuerzuschläge seien aber noch viel zu hoch und verlangten eine Verabreichung, und diese könnten wir sehr leicht erreichen, wenn wir von unsem großen Stadtwald — nur zwei Städte befäßen noch einen größeren — einen Teil veräußerten. Weiter sei zu bedenken, daß wir ja nicht bloß Wald, sondern auch Sumpf, den Teufelssee, verkaufen. Sollten wir den Teufelssee für uns nutzbar machen, so müßten dafür viele Millionen aufgewendet werden. Die am Donnerstag zu beratende Magistratsvorlage beabsichtige den Verkauf unter normalen Umständen, der Morgen komme dabei auf etwa 6000 M. zu stehen, obwohl gerade der für uns unbrauchbare Teil des Stadtwaldes verkauft werden sollte. (Hurra!) Es handelt sich gerade um den wertvollsten Teil! Rings um den Teufelssee sollten nach dem neuen Projekt Fabriken angelegt werden. Aber vierstöckige Wohnhäuser und Schulen würden hier nicht entstehen. Wenn jetzt das Kaufangebot nicht angenommen würde, könnten viele Jahre vergehen, bis wieder eine so günstige Gelegenheit sich böte. Wenn Charlottenburg von sich Fabriken fernhalte, so könne das für Spandau nicht maßgebend sein. Spandau sei zur Fabrikstadt prädestiniert und werde Fabrikstadt bleiben. Durch die Verwirklichung einer Baubeschränkung entwerfe man unser Grundbesitz um 3 bis 4 Millionen. Den Teil in der Nähe von Tegnows Volksgarten könnte man ja der landhausmäßigen Bebauung vorbehalten. Das vorliegende Kaufangebot sei erheblich günstiger als das frühere. Die Anstellungsfrist sei verlängert, und es sei auch ein Neugeld von 15 000 M. vorgeschlagen worden. Alle Bedenken gegen den Verkauf seien ungerechtfertigt. — Herr Lehrer Prose erklärte sich mit den Ausführungen des Vorredners nicht einverstanden. Nach dem Abschluß des Geschäfts mit dem Johannestift könne die Stadt ruhig abwarten, was geschehen solle. Eine Zwangs-lage zum Verkauf liege für uns nicht vor. Wenn man verkaufen wolle, solle man vor allem nicht den besten Teil des Stadtwaldes verkaufen. — Herr Rentier R u r t h äußerte seine Freude darüber, daß der Grundbesitzverein Gelegenheit genommen habe, eine freie Aussprache über die Angelegenheit herbeizuführen, leider ergäßen aber fast nur Stadtverordnete das Wort. Sein Standpunkt sei der, möglichst viel Wald der Stadt zu erhalten, aber der Streifen zwischen der Spandauer-Bölgower Bahn und der Schönwalder Chaussee dürfe ruhig ohne Baubeschränkung verkauft werden. — Herr Buchdruckereibesitzer Sch o b plädierte für die Annahme des vorliegenden Kaufangebots, weil Spandau in der nächsten Zukunft sehr große Aufgaben für die Gasanstalt, das Wasser- und Kanalisationswerk, die neue Charlottenbrücke, den Vorortbahnhof, die Spandauer-Bölgower Bahn, den Hahnschneckenbau, den Hafen und die Heeresstraße — im ganzen etwa 24 Millionen — aufzuwenden habe. Es sei nicht notwendig, daß wir für unsere Nachkommen alles aufbringen. Die landhausmäßige Bebauung sei für Spandau nicht angebracht. — Nach kurzen Bemerkungen des Herrn Justizrats Dr. Baumert, der unter dem Beifall der Erschienenen davon abriet, die Zukunft Spandaus zu verkaufen, und des Herrn Dr. Engelhardt, der noch einmal für den Verkauf des in Rede stehenden Teils des Stadtwaldes eintrat, erklärte Herr Kaufmann Sch w e r s, daß die Stadtgemeinde Spandau ihr Vermögen praktischer anlegen müßte als bisher. Ob das aber jetzt gleich geschehen müsse, das sei eine andere Frage. Seines Erachtens habe es damit noch keine Eile. Inzwischen der Zeit, wo mit Herrn Kleinfeldt unterhandelt worden sei, und der Gegenwart sei bereits ein sehr großer Umeischieß zu konstatieren. Der Bau des Großschiffbauwegs Berlin-Stettin werde noch ganz andere Konjunkturen bringen. Die Bürgerablage sei für uns überaus wertvoll. Er würde es aufs höchste bedauern, wenn der Teufelssee durch Fabrikanlagen „verschandelt“ würde. Der Teufelssee sei die Perle des Stadtwaldes und könne herrlicher ausgestaltet werden als der schönste Grunewaldsee. Fabriken gehörten dort an keinen Fall hin. Unsere Steuern seien auch nicht so übermäßig hoch, daß sie uns zum Verkauf von Forstland zwingen. Große Industrieorte in Rheinland und Westfalen, deren reiche Fabrikherren noch dazu am Orte wohnen, zahlen Zuschläge von 300 bis 400 Prozent. Das Errichten von Fabriken würde große Lasten für Schulen, Krankenhäuser usw. mit sich bringen. Ich bitte Sie, mit dem Verkauf von städtischem Gelände noch zu warten. (Bravo!) — Da die Redezeit erlosch, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 10 1/2 Uhr.

\* Die Diensträume der Tiefbau-Abteilung des Stadtbauamtes befinden sich jetzt in dem Gebäude Moritzstraße 9 — Victoria-Allee 18, 1 Treppen.

\* In der heutigen Nummer veröffentlichen wir den neuen Eisenbahnfahrplan, der vom 1. Mai ab gültig ist. Er bringt außer den üblichen Änderungen im Sommerfahrplan einige Neuerungen, auf die wir schon früher wiederholt hingewiesen haben.

\* Die zwischen Markt und Personenbahnhof im Wendeseckehafenden Straßenbahnwagen haben die Aufschrift: Markt-Bahnhof erhalten; an den anderen Wagen ist nichts geändert worden. Die Durchfahrt unter der Eisenbahnbrücke in der Klosterstraße ist seitens der Straßenbahn gestrichelt wieder eingestellt worden; sie ließ sich Sonnabend Abend und am Sonntag nur dadurch ermöglichen, daß an der Straßenregulierung nicht gearbeitet wurde; solange die eine Straßenhälfte indes noch nicht gänzlich vollendet ist, muß mit Rücksicht auf die Arbeiter der durchgehende Straßenbahnverkehr an den Werktagen noch ruhen; seit gestern wird daher wieder in alter Weise umgefahren. Die Umsteigestelle auf dem Markt gegenüber dem Marktaufse soll übrigens nicht von langer Dauer sein; ihre Zurückverlegung nach der Breiten Straße ist binnen Kurzem zu erwarten.

\* Ein arthritischer Kasten Kindfleisch wurde Ende voriger Woche von außerhalb für eine hiesige Schlächtereie eingeführt; die Sache war zur Kenntnis der Polizei gekommen, welche die

Diese Nummer ist 10 Seiten stark.